

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XXIII/187

Bonn, den 2. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Gebot unseres Grundgesetzes Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall und erweiterte Mitbestimmung sind gesellschaftspolitische Notwendigkeiten	44
2	Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann Zum Ausscheiden von Hans Jürgen Wischniewski aus dem Bundeskabinett	40
3	Am Beispiel Nordrhein-Westfalen Öffentlichen Wohnungsbau verstärken	33
4 - 5	"Ich wußte nicht, wo Deutschland liegt" Das können sich bei uns nur die Reichen leisten... Zum ersten Mal auf einem Traktor - Fortbildung deutschstämmiger Bauernsöhne aus Brasilien Von Heinz Ockhardt	97
6	Pariser Jalta-Polemik Karriman kontra de Gaulle Von Georg Scheuer, Paris	38

* * *

Gebot unseres Grundgesetzes

Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall und erweiterte Mitbestimmung sind gesellschaftspolitische Notwendigkeiten

sp - Längst ist die Diskussion über die Frage, ob Arbeiter im Krankheitsfall ebenso wie Angestellte ihren Lohn vom ersten Krankheitstage an in vollem Umfang ausgezahlt bekommen sollen zu einem gesellschaftspolitischen Problem geworden. Natürlich geht es hierbei auch um Mark und Pfennig, um die Frage, wer die Kosten für die Lohnfortzahlung aufzubringen hätte, wer davon in erster Linie profitiert und ob ein Gesetz zur Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten der Wirtschaft zuträglich ist oder nicht. Im Vordergrund stehen jedoch gesellschaftspolitische Überlegungen - d.h. das Bemühen, den Arbeiter als einen der entscheidenden Faktoren unserer Wirtschaft auf die gleiche gesellschaftliche Stufe zu stellen, wie jeden anderen Arbeitnehmer, sei es nun ein kleiner, mittlerer oder - wie man so schön sagt - gehobener Angestellter.

Gegner der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall sind in erster Linie diejenigen Gruppen unserer Gesellschaft, die sich auch gegen die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes in der Wirtschaft zur Wehr setzen. Es sind dieselben, die Millionen Beträge aufbringen, um mit Hilfe von kostspieligen Zeitungsinserten dem Bürger einzureden, daß "die Wirtschaft" Schaden erleiden werde, wenn man den Arbeitnehmern vorbehaltlos das Mitbestimmungsrecht einräumt. Das sind die gleichen überholten Argumente, die man hören konnte, als im vergangenen Jahrhundert der Kampf gegen die Kinderarbeit und für die Einführung des Achtstundentages begann.

Der Widerstand gegen beide Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft sind ein Anachronismus. Gewiß, man kann darüber diskutieren, ob diese oder jene Form der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall oder der erweiterten Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft der heutigen Situation angepaßt ist oder nicht; darüber sind sich auch die Arbeitnehmer einig. Man kann aber nicht in schlechten Zeiten an die Arbeitnehmer appellieren, sie sollten "vernünftig" sein und nicht durch "unzeitgemäße Forderungen" die Wirtschaft in Gefahr bringen, in guten Zeiten aber plötzlich behaupten, der Arbeitnehmer müsse auf der unteren Stufe unserer Gesellschaft stehen bleiben.

Im Kern geht es also darum, dem Arbeitnehmer in der Bundesrepublik das Bewußtsein zu geben, daß er in einem sozialen Rechtsstaat lebt und durch seiner Hände oder seines Geistes Arbeit mit dazu beiträgt, der Wirtschaft immer wieder neue Impulse zu geben. Je eher man dieses Prinzip als Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie anerkennt, umso fähiger wird diese Demokratie sein, jeder Anfechtung durch radikale Strömungen Widerstand zu leisten. Wenigstens diese Lehre sollten die Gegner des Bemühens der Arbeitnehmer um ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung aus den Jahren vor dem Anwachsen der braunen Hitlerflut gezogen haben.

+ + +

Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann

Zum Ausscheiden von Hans-Jürgen Wischniewski aus dem Bundeskabinett

sp - Eine stolze Bilanz konnte der aus dem Kabinett ausgeschiedene Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Jürgen Wischniewski, vor der Bonner Presse aufweisen. Hier sprach ein engagierter Mann, der mit seinem Amt und den damit verbundenen, gewiß nicht leichten Aufgaben eng verwachsen war und der es verstanden hat, der Entwicklungshilfe neue Antriebe zu geben. Zwei Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik bejahen heute den Gedanken der Entwicklungshilfe und ein nicht geringer Teil davon ist sogar bereit, persönliche Opfer zu bringen.

Wischniewski, nun Bundesgeschäftsführer der SPD, brachte für seine zweijährige Ministerstätigkeit die allerbeste Voraussetzung mit; viele Auslandsreisen, besonders jene nach dem schwarzen Kontinent, erweiterten seinen Horizont und vermittelten ihm unmittelbaren Anschauungsunterricht. Die Bekämpfung von Hunger, Elend und Krankheit in der Welt - zwei Drittel der Menschheit leiden unter diesen Erzübeln - war für ihn kein akademisches Thema, sie wurde ihm zur Herzenssache. Innerhalb von zwölf Jahren stieg der für Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt angesetzte Betrag von 56 Millionen auf 2 Milliarden DM an. Die Bundesrepublik steht heute neben den Vereinigten Staaten und Frankreich an dritter Stelle der Geberländer, ihre in aller Welt tätigen Entwicklungshelfer genießen in den Ländern, in denen sie oft unter Entbehrungen wirken, hohes Ansehen und sind wohl mit die besten Botschafter unserer jungen, der Welt aufgeschlossenen Demokratie.

Wer gibt, empfängt auch. Für über 15 Milliarden DM exportiert die Bundesrepublik in die Entwicklungsländer. Das sollten jene bedenken, die in der Entwicklungshilfepolitik nur eine Einbahnstraße sehen.

Es gab Bestrebungen, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit aus angeblichen Ersparnisgründen abzuschaffen und seine Aufgaben auf andere Ministerien aufzuteilen. Das wäre eine "Ersparnis", die der Bundesrepublik wohl teuer zu stehen käme. Dieses Ministerium hat seine Notwendigkeit bewiesen, ja es wird im Laufe der kommenden Jahre noch an Bedeutung gewinnen.

Dem Nachfolger Wischniewskis, Dr. Erhard E p p l e r, begleiten unsere besten Wünsche. Er hat ein Arbeitsgebiet vor sich, dessen Bewältigung Energie, Phantasie, viel Verständnis und zielstrebige Entschlossenheit abverlangt. Wischniewski findet in Dr. Eppler einen würdigen und befähigten Nachfolger.

+ + +

Am Beispiel Nordrhein-Westfalen

Öffentlichen Wohnungsbau verstärken

kr - Nur noch die Hälfte der im ersten Vierteljahr 1967 in den Wohnungsbau investierten Gelder gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände über 10 000 Einwohner im Vergleichszeitraum 1968 aus. Diese Feststellung der "Geschäftsstelle Öffentliche Bausparkassen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V." gibt zu Besorgnis Anlaß, gleichwohl das Bundeswohnungsbauministerium und auch die kompetenten Ministerien der Länder daraus bereits Folgerungen zogen und sich nicht nur für die Fortsetzung, sondern möglichst für eine Verstärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus aussprachen. Nordrhein-Westfalen will z.B. sein vierjähriges Wohnungsbauprogramm mit insgesamt 200 000 Einheiten verwirklichen.

Wenn das vom Bundeswohnungsbauministerium wiederholt gesetzte und von Länderregierungen als folgerichtig erkannte Ziel, im Bundesgebiet eine Jahresbauleistung von 400 000 Wohnungen (davon die Hälfte etwa Sozialwohnungen) zu erbringen, realisiert werden soll, dann kann das nur über langfristige Programme geschehen. Dabei spielt fraglos die Bereitschaft der Länder eine Rolle, die Investitionsbereitschaft der Gemeinden - etwa durch mehr Zuschüsse zu den Aufwendungen für Kapitalmarktdarlehen - zu verstärken. Das ist aber nicht der Weisheit letzter Schluß, weil schließlich der Rückgang der Direktinvestitionen im Wohnungsbau um 16,1 Millionen DM (44 v.H.) und der Darlehen für den Wohnungsbau einschließlich der Beteiligung um 42,6 Millionen DM (55 v.H.) der eindeutige Beweis für die noch immer angespannte Finanzlage der Kommunen ist.

Das nordrhein-westfälische Beispiel, das auch in einigen anderen Ländern wiederkehren dürfte, ist insbesondere unter dem Aspekt industriepolitischer und städtebaulicher Zielvorstellungen von weittragender Bedeutung. In einem sich über vier Jahre ausdehnenden Wohnungsbauprogramm lassen sich eher spezifische Finanzierungswege finden als in kürzeren Zeitabschnitten. Gelingt es überall fernerhin, jedwede "Tüpfchenfinanzierung" zu beseitigen und einen globalen Finanzierungsmodus zur guten Regel werden zu lassen, dann ist allen Beteiligten am Wohnungsbau noch mehr geholfen.

+ + +

"Ich wußte nicht, wo Deutschland liegt"

Das können sich bei uns nur die Reichen leisten...
Zum ersten Mal auf einem Traktor - Fortbildung deutschstämmiger
Bauernsöhne aus Brasilien

Von Heinz Ockhardt

"Man lernt hier denken!" sagte mir der junge Brasilianer Normando Heinrich, 25, aus dem Gaúcho-Staat Rio Grande do Sul in Brasilien, gegenwärtig als Praktikant auf der Versuchstation für Obstbau Klein-Aitendorf der Universität Bonn tätig. Heute spricht Normando fast fehlerfrei deutsch. Als er im Dezember 1966 aus seinem Dorf in die Bundesrepublik kam, haperte es mit seiner Grammatik doch etwas, obwohl seine Eltern zu Hause noch immer deutsch sprechen und nicht vergessen haben, daß ihre Großeltern aus Deutschland stammen, genauer gesagt aus der Pfalz. Normando ist einer aus der 2. Gruppe der 75 deutschstämmigen Bauernsöhne, denen eine zweijährige Fortbildung auf Bauernhöfen der Bundesrepublik bzw. in Fachinstituten mit Besuch einer Landwirtschaftsschule im Winterhalbjahr ermöglicht wird.

Normando Heinrich - wie alle der 75 hat er einen deutschen Nachnamen und einen portugiesischen Vornamen - hat sich auf Obstbau spezialisiert und ist dabei, sich als Praktiker an Wissen auf diesem Gebiet anzueignen, was modern und zukunftsträchtig ist. Er hat einen Treckerkursus gemacht, den Führerschein III für PKW's, moderne Schädlingsbekämpfung mit maschinellen Hilfsmitteln und alle jene Selbstverständlichkeiten gelernt, die bei uns der erfolgreiche Landwirt - gleichgültig welcher Sparte - beherrschen muß. Für Normando aber war die Arbeit mit Maschinen dieser Art etwas völlig Neues. "Diese Ausbildung hätten wir in der Heimat nie haben können, weil wir sie nicht zu bezahlen vermögen! So etwas können sich bei uns nur die Reichen leisten. Ich bin sehr dankbar!"

Leise klingt in diesen mit leichtem sozialen Ressentiment gefärbten Worten ein wichtiges Hauptproblem Brasiliens an: Wie kann auch den breiten Volksschichten eine neuzeitliche und fortschrittlichen Anforderungen genügende Schulbildung und sich anschließende Berufsausbildung vermittelt werden? Die meisten der ca. zwei Millionen deutschstämmigen Siedler in Rio Grande do Sul und Santa Catarina jedenfalls können ihren Kindern eine Berufsausbildung, wie sie bei uns üblich und kostenlos ist, nicht geben.

Nicht mangelndes Interesse der brasilianischen Bauern an moderner Landtechnik sei der Grund der Rückständigkeit, sagte Normando, wie ein brasilianischer Abgeordneter behauptete, als die Praktikantengruppe ihn auf der DLG-Schau in München getroffen und wo er sich darüber gewundert und gefreut hätte, wie die deutschen Bauern an den neuen angebotenen Maschinen herumprobieren und sie prüften. "Wie soll sich einer unserer Bauern auch nur versuchsweise auf einen Traktor setzen", antwortete Normando daraufhin, "wenn er nicht mal weiß, wo hinein er den Zündschlüssel stecken soll!" Anschaulicher konnte Normando, der inzwischen auf seine in der Bundesrepublik erworbenen Motoren- und sonstigen Maschinenkenntnisse stolz ist und ja hier zum ersten Mal auf einer für einen deutschen Bauern so vertrauten Traktor saß, das

Ausbildungsproblem nicht unreißen. In ganz Brasilien gibt es (nach Georg Borgstrom "Der hungernde Planet") 70 000 Traktoren, was 10 Prozent dessen sind, was die Experten für den Riesenraum der Vereinigten Staaten von Brasilien von 8 513 844 qkm und damit fast die Hälfte von ganz Südamerika für notwendig halten.

Normando Heinrich hat mit seiner zweijährigen Praktikantenzeit in der Bundesrepublik, wie er glaubt, einen guten Platz auf dem richtigen Dampfer ergattert. Dieses Glück, das ihm der Zufall zugewehrt hat, nutzt er nun sehr intensiv. Von seinem Stundenlohn von 3,21 DM auf der Versuchsstation für Obstbau schafft er sich Fachbücher und auch Bücher allgemein bildender Art an. Er ist Mitglied eines Bücher-rings geworden. Vor allem hat er sich einen Weltatlas zugelegt. "Ich hatte keine geographische Vorstellung", gesteht er freimütig, "wo Deutschland liegt, als ich erfuhr, daß ich für zwei Jahre als Praktikant in dieses Land fahren dürfte. Jetzt weiß ich mehr von der Geographie der Welt!" Schließlich weiß er jetzt auch genau, wo Kalifornien liegt. Denn dorthin will er auch noch, um die Praxis des Obstbaus in einer Klimazone zu studieren, die der seiner Heimat ähnlicher ist als Wetter- und Bodenverhältnisse in Deutschland.

Normandos Sorge gilt der Zeit nach Beendigung seines Praktikums. "Was werden wir 75 Praktikanten, die Ende 1968 die Bundesrepublik verlassen und in ihre Heimat zurückkehren werden, dort mit unseren hier erworbenen Kenntnissen tun?" fragt sich der junge Brasilianer vorausschauend. Seine Befürchtung: Die meisten werden irgendwo in Rio Grande do Sul oder Santa Catarina in einem ihrer kleinen Dörfer ein Mädchen heiraten, immer mit Freude an ihre zwei Jahre in Deutschland denken, aber nur wenige werden ihre hier erworbenen Kenntnisse zu Hause anwenden können, weil dafür die finanziellen und technischen Voraussetzungen fehlen. Und seine zweite Sorge: Wie werden die Praktikanten, die nun wissen, daß es in anderen Ländern auch für ihresgleichen Zugang und Verbindung zum modernen Berufswissen unserer Zeit gibt, auch in Zukunft ständig daran teilhaben können? "Wenn wir nicht einen praktischen und ohne Verzögerung realisierbaren Weg finden, unmittelbar an unsere zweijährige Ausbildung unser neues Wissen in unserer Heimat auf die dortigen Verhältnisse natürlich abgewandelt anzuwenden und außerdem nicht laufend wichtige Agra-Informationen erhalten, war alles umsonst", betont Normando. Er wiederholt es drastischer: "Sonst war alles für den Hund!"

Normando hat schon einen Ausweg zwar nicht zur Hand, so doch im Kopf. Auf der "Großen Deutschland-Exkursion" der 50 Praktikanten aus Nordrhein-Westfalen, die u.a. nach Berlin führte und sie zusammen mit den Praktikanten aus Baden und Niedersachsen bei der Zentralstelle für Landwirtschaft der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer in Feldafing versammelte, brachte er seinen Landsleuten seinen Plan vor. Sie sollten sich - wenn vielleicht nicht alle, so doch eine genügend starke Gruppe - zu Hause zusamm tun und eine Genossenschaft starten. Zusammen sollten sie gemeinschaftlich - 'einer für alle, alle für einen' - eine Produktions- und gleichzeitige Absatzgenossenschaft gründen. Sie würden damit ihr neues Wissen in der Praxis erproben können, und sie müßten ein solches Beispiel geben, daß sie auch die anderen Bauern ihrer Dörfer überzeugen und gewinnen könnten. Dann wären sie auch finanzkräftig genug, um sich laufend über neue Berufsentwicklungen informieren zu können.

Pariser Jalta-Polemik

Harriman kontra de Gaulle

Von Georg Scheuer, Paris

Der Leiter der amerikanischen Delegation bei den Pariser Vietnam-Friedensverhandlungen, Averell Harriman, unterbrach dieser Tage seine diplomatische Tätigkeit, um sich der historischen Polemik zu widmen. Harriman war nämlich im Dezember 1944, als General de Gaulle im Kreml mit Stalin über einen neuen französisch-sowjetischen Sonderbeitrag verhandelte, amerikanischer Botschafter in Moskau und wohnte einige Monate später der berühmten und folgenschweren Krimkonferenz bei, auf der von Roosevelt, Churchill und Stalin über das Schicksal der Nachkriegswelt diskutiert und entschieden wurde. General de Gaulle wurde zu dieser Konferenz nicht eingeladen und sieht in diesem Umstand heute noch die eigentliche Ursache für alles gegenwärtige Unheil vom Vietnamkrieg zur sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei.

Laut Harriman unterliegt General de Gaulle jedoch einer Täuschung. Die Welt sei 1945 von Roosevelt, Stalin und Churchill nicht in Einflusssphären aufgeteilt worden: "De Gaulle vereinfacht ein bißchen." Der General spreche über Jalta "ohne genau unterrichtet zu sein, da er nicht dort war". Nicht in Jalta, sondern erst nachher seien die einzelnen osteuropäischen Länder durch militärischen und polizeilichen Druck der Sowjets kommunistisch gleichgeschaltet worden.

In Jalta sei beschlossen worden, daß die osteuropäischen Länder über ihr Schicksal bestimmen können. Auch sei verhindert worden, daß sie von Stalin als einfache Sowjetrepubliken geschluckt werden, wie beispielsweise vorher die Baltischen Staaten (Lettland, Estland, Litauen). Der Jalta-Vertrag habe den Interessen Stalins nicht entsprochen, weshalb der russische Diktator nachher alles versucht habe, das Abkommen zu umgehen.

Bidault rechtfertigt de Gaulle

Frankreich hätte übrigens an der Jalta-Konferenz teilnehmen können, wenn es gewollt hätte, wird weiter von amerikanischer Seite enthüllt. De Gaulles damaliger Außenminister Georges Bidault (später Chef der rechtsradikalen CAS) habe jedoch Roosevelts Einladung zurückgewiesen.

Gegen diese Behauptung wird nun von Bidault - er ist seit der CAS-Amnestie im Juni 1968 aus dem Exil heimgekehrt - öffentlich dementiert. Trotz anhaltender innenpolitischer Differenzen zwischen Gaullisten und Rechtsopposition, läßt Bidault den Herrn des Elysée in dieser weltpolitischen Fehde nicht im Stich und unterschreibt praktisch de Gaulles Jalta-Argumentation.